

## Russland und Türkei - Graue Eminenzen im Berg-Karabach-Konflikt

Utl.: Historiker: Vor allem die Interessen Moskaus stehen im Südkaukasus einer Friedenslösung zwischen Armenien und Aserbaidschan im Weg =

Wien (APA) - Immer wieder Gefechte mit Toten, international vermittelte Friedensgespräche, die nicht von der Stelle kommen: Der Historiker Christoph Benedikter vom Grazer Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung sieht nicht nur im ohnehin engen politischen Spielraum der Regierungen in Armenien und Aserbaidschan einen Grund, warum eine Lösung im Berg-Karabach-Konflikt auf sich wartenlässt. Die Interessen der Regionalmächte Russland und Türkei schränken ihn nämlich noch zusätzlich ein.

Benedikter erinnerte am Mittwoch in einem Vortrag bei der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) in Wien daran, dass Eriwan und Baku nicht erst nach dem Zerfall der Sowjetunion 1992-94 Krieg um die völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehörende, aber besetzte Armenier-Exklave führten, sondern bereits 1918-20, ehe Moskau seine Macht nach der Oktoberrevolution im Südkaukasus wieder konsolidierte. Das Interesse Moskaus damals wie heute sei es, "Stabilität" aufrechtzuerhalten, damit die Region nicht zu einem Rückzugsgebiet von Feinden wird, die von dort aus angreifen können - und heutzutage vor allem auch, um Energie-Transitrouten in den Westen zu kontrollieren.

"Russland ist in Summe daran interessiert, dass alles, was sich im Südkaukasus abspielt, unter russischer Kontrolle bleibt", betonte Benedikter. Der Karabach-Konflikt diene hier als "Treibanker". An den seit Jahren auf der Stelle tretenden Friedensverhandlungen im Rahmen der Minsk Gruppe der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ist Russland federführend beteiligt. Es wolle "ein langsames Voranschreiten (...) so langsam, dass Einfluss möglich ist". Ein "Kompromiss aus eigener Kraft" der beiden unmittelbaren Konfliktgegner rückt so in die Ferne.

Wie russische Interessen die Berg-Karabach-Diplomatie beeinflussen, zeigte sich jüngst, als über mögliche Fristen gesprochen wurde, in denen zwei von Armenien besetzte Bezirke, die das von Eriwan kontrollierte, relativ autonome Berg-Karabach mit Armenien verbinden, an Aserbaidschan zurückgegeben werden sollten. Eriwan sprach bisher von zehn, Baku von drei und Moskau als "Vermittler" von fünf Jahren. Als Armenien den Pachtvertrag für einen russischen Militärstützpunkt im Land nun bis 2044 verlängerte, schraubte Moskau seine Kompromissformel plötzlich auf sieben Jahre hinauf: Baku war empört.

Während sich Armenien mangels anderer Regionalpartner an das auf eine ungefähre Machtbalance bedachte Russland, von dem es vor allem bei der Energieversorgung abhängig ist, lehnt, unterhält das aufgrund von Öl- und Gasvorkommen reichere und eigenständigere Aserbaidschan besondere Beziehungen zum Bruderstaat Türkei. Zu Armenien ist das Verhältnis der Türkei wegen der Massaker an Hunderttausenden Armeniern während des Ersten Weltkriegs noch zu Zeiten des Osmanischen Reiches schwer belastet; die Grenzen sind geschlossen. Ankara versucht seit dem Vorjahr aber eine Annäherung - mit Blick auf seine EU-Ambitionen vor dem Hintergrund von weltweiten Völkermord-Debatten und um den russischen Einfluss im Nachbarland einzudämmen. Wie Benedikter in seinem Vortrag ausführte, junktimiert die Türkei ihren Freundschaftskurs aber mit Zugeständnissen im Berg-Karabach-Konflikt - von Eriwan "schwer zu leisten", wie der Historiker formulierte.

Von den grauen Eminenzen im Südkaukasus abgesehen, hätten selbstverständlich aber auch Armenier und Aserbaidschaner selbst ihre Hausaufgaben in Sachen Konfliktlösung zu machen. Hinsichtlich Aserbaidschan verwies Benedikter etwa auf die starke Aufrüstung mit Verteidigungsausgaben zwischen 1,4 und 1,8 Mrd. Euro im Vorjahr. Die führenden Leute in Berg-Karabach würden zudem nicht als Gesprächspartner akzeptiert. Vor allem sei aber in beiden Ländern die Bevölkerung - geschweige denn die Führungseliten - gar nicht auf eine Lösung oder einen Kompromiss eingestellt. Die Regierungen bereiteten sie auch nicht darauf vor, sondern erzeugten etwa mit einseitigen Geschichtsbüchern eine Stimmung der Unnachgiebigkeit. So seien 1999 bei einem Angriff eines Terrorkommandos auf das armenische Parlament, dessen Hintergründe nie geklärt wurden, führende Politiker getötet worden, die offenbar zu Zugeständnissen bei Berg-Karabach bereit waren; umgekehrt habe sich in Baku Ex-Präsident Heydar Aliyev mit Lösungsszenarien nicht im eigenen Zirkel der Macht durchsetzen können.

(Schluss) mri/an